

Pressemitteilung

Andreas Müller
Tulpenweg 3
63579 Freigericht

mobil 0174/3019484
e-mail mueller-hanau@t-online.de
web www.linkefraktion-mkk.de

26. Juni 2010

LINKE wirft Freien Wählern billige Polemik vor?

Landratskandidat Kauck kennt offensichtlich die Ursache der Finanzsituation des Kreises nicht

„Bei aller Kritik, die man zu Recht an 20 Jahren Großer Koalition im Main Kinzig Kreis üben kann, sollte man dennoch fair bleiben und nicht in billige Polemik abgleiten,“ fordert der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag Andreas Müller von dem Landratskandidaten der Freien Wählern Carsten Kauck. Müller kritisiert insbesondere die Darstellung, dass der Main Kinzig Kreis keine Stellen eingespart hätte scharf. Kauck müsste wissen, dass ein Großteil der Stellenmehrung durch Aufgabenverlagerung von Bundes- und Landesaufgaben auf den Main Kinzig Kreis kommt. Wenn dann noch von der Aufsichtsbehörde gefordert werde, die Personalausgaben „auf der Basis des Rechnungsergebnisses 2009 zu begrenzen“ und „gesetzliche und tarifliche Steigerungen“ in den Personalkosten aus dem bestehenden Budget geleistet werden müssen, hiese dies, dass dies Einsparungen zu Lasten der Beschäftigten zur Folge hätte. Es kann nicht sein, dass für die finanzpolitischen Fehlentscheidungen von Bund und Land, die Beschäftigten des Kreises und die Armen und Schwachen zur Kasse gebeten werden, so Müller.

Ausdrücklich gebe man den Freien Wählern allerdings Recht, wenn es um die umstrittenen jüngsten Neueinstellungen von Kommunalpolitikern, also parallel aus Wächtersbach die frühere Erste Stadträtin Susanne Turlach (SPD) und CDU-Fraktionschef Michael Creß, die in der Kreisverwaltung Jobs fanden, gehe.

„Die katastrophale Finanzlage vieler Kommunen und auch des Main-Kinzig-Kreises ist auch das Ergebnis einer verfehlten Steuerpolitik des letzten Jahrzehnts. Egal ob Rot-Grün, Schwarz-Rot oder jetzt Schwarz-Gelb - immer haben Bund und Land die Kommunen geschöpft, um Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen zu finanzieren. „Die kürzlich veröffentlichte Verdi-Studie zu den Kommunalfinzen Hessen verdeutliche, wie dringend notwendig ein Kurswechsel bei den Kommunalfinzen sei“, so Müller.

Alleine den hessischen Kommunen fehlten jährlich 1,2 Milliarden Euro und damit fast ein

Zehntel ihrer Finanzmasse. Statt endlich gegenzusteuern werde es nach den Plänen der Landesregierung einen weiteren Kahlschlag geben, indem die Landesregierung den hessischen Städten und Gemeinden ab 2011 weitere 400 Millionen Euro streichen wolle. Erforderlich sei jedoch ein Schutzschirm für Kommunen, so Müller.

Wenn jetzt der Haushalt nur mit strengen Auflagen genehmigt werde und vom Main Kinzig Kreis ein Haushaltssanierungskonzept verlangt würde, so sei es schlicht polemisch jetzt nur auf die Fehler der Großen Koalition im Main Kinzig Kreis zu verweisen und so zu tun als gebe es die dem Kreis übergestülpten Belastungen nicht. Zu kritisieren sei, dass Bund und Land dem Kreis die Belastungen einfach weitergeben und dann das Regierungspräsidium so tue als sei der Kreis alleine verantwortlich. Ohne ein Umsteuern bei Bund und Land, werde der Main Kinzig Kreis in Zukunft strukturell gar nicht in der Lage sein, seine Aufgaben zu erfüllen. Der Ausstieg aus den Hallenbadzweckverbänden und das Einstellen der freiwilligen Aufgaben werde dann vor allem die sozial schwachen Bürgerinnen und Bürger im Main-Kinzig-Kreis treffen. Hier müssten alle Kommunalpolitiker gemeinsam für eine faire Finanzverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen kämpfen.

Wir brauchen einen Schutzschirm für die Kommunen, fordert Müller abschließend.

DIE LINKE.

gez. Andreas Müller